

Die polizeiliche Auskunftsperson

DISSERTATION

der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde einer Doktorin der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

Ursula Niedermann

von

Uzwil SG

genehmigt auf Antrag von
Prof. Dr. Andreas Donatsch
und
Prof. Dr. Daniel Jositsch

Schulthess Juristische Medien AG, Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
Materialienverzeichnis	XXIX

Teil 1: Einführung **1**

Einleitung 1

Kapitel 1: Vorverfahren	2
I. Begriff und Zweck	2
II. Zuständigkeiten und funktionale Abgrenzungen zwischen polizeilichem Ermittlungs- und staatsanwaltschaftlichem Untersuchungsverfahren	5
1. Allgemein	5
2. Relevanz der Unterteilung des Vorverfahrens in Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren.....	6
III. Ermittlungsverfahren	7
1. Vorbemerkungen.....	7
2. Beginn des polizeilichen Ermittlungsverfahrens	8
3. Stellung und Aufgaben der Polizei im Ermittlungsverfahren	8
4. Berichterstattung an die Staatsanwaltschaft	10
5. Zwingende Gründe für den Abschluss des Ermittlungsverfahrens bzw. für die Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens	12
6. Zur Abgrenzung zwischen kriminalpolizeilicher und sicherheitspolizeilicher Tätigkeit.....	13
6.1 Grundsätzliches	13
6.2 Polizeiliche Vorermittlungen.....	14
6.3 Doppelfunktionale Tätigkeit der Polizei.....	17
7. Anwendbares Recht.....	18
7.1 Bei sicherheitspolizeilicher Tätigkeit	18

7.2 Bei gerichtspolizeilicher Tätigkeit.....	19
7.3 Bei doppeifunktionaler Tätigkeit.....	19
IV. Untersuchungsverfahren	20
1. Zuständigkeit.....	20
2. Eröffnung.....	21
3. Absehen von einer Eröffnung.....	24
4. Abschluss der Untersuchung.....	25
5. Abgrenzungen	25
5.1 Vorabklärungsverfahren	25
5.2 Strafbefehlsverfahren	27

Teil 2: Einvernahme der polizeilichen Auskunftsperson 29

Kapitel 1: Begriff der Auskunftsperson und Abgrenzungen 29

I. Allgemein	29
II. Entscheid über den Status der einzuvernehmenden Person	31
1. Allgemein.....	31
2. Polizeiliches Ermittlungsverfahren.....	31
3. Staatsanwaltschaftliches Untersuchungsverfahren	32
III. Abhängigkeit der polizeilichen Einvernahme vom späteren Status im Untersuchungsverfahren	33
1. Vorbemerkung.....	33
2. Aktueller und künftiger Status als beschuldigte Person	34
2.1 Begriff und Wesen der beschuldigten Person.....	34
2.2 Relevanz bzgl. des Status der polizeilichen Auskunftsperson	36
3. Voraussichtlicher Status als Zeuge.....	36
3.1 Begriff und Wesen des Zeugen	36
3.2 Relevanz bzgl. des Status der polizeilichen Auskunftsperson	37
4. Voraussichtlicher Status als Auskunftsperso nach Art. 178 StPO.....	39
4.1 Begriff und Wesen der Auskunftsperson nach Art. 178 StPO.....	39
4.2 Arten von Auskunftspersonen	39
a Privatklägerschaft nach Art. 178 lit. a StPO	40
b Auskunftspersonen nach Art. 178 lit. b-g StPO.....	45
IV. Durchführung der Einvernahme der polizeilichen Auskunftsperson	53
1. Zuständigkeiten.....	53
2. Gegenstand der Befragung	53

3.	Besonderheiten bei der Einvernahme polizeilicher Auskunftspersonen.....	55
3.1	Keine Einvernahme per Videokonferenz.....	55
3.2	Schriftliche Berichte.....	56
3.3	Einvernahme mehrerer Personen und Gegenüberstellungen	57
3.4	Vorladung.....	59
4.	Rechtsbelehrung (Art. 143 Abs. 1 lit. c StPO)	60
4.1	Grundsätzliches zur Rechtsbelehrung.....	60
4.2	Recht der polizeilichen Auskunftsperson auf Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht	61
a	Allgemeines	61
b	Belehrung einer polizeilichen Auskunftsperson, welche voraussichtlich später Zeuge sein wird	62
c	Belehrung einer polizeilichen Auskunftsperson, welche voraussichtlich später Auskunftsperson nach Art. 178 lit. a StPO sein wird	63
d	Belehrung einer polizeilichen Auskunftsperson, welche voraussichtlich später Auskunftsperson nach Art. 178 lit. b-g StPO sein wird	64
4.3	Weitere Informationsrechte der polizeilichen Auskunftsperson?	64
4.4	Pflicht zur Rechtsbelehrung der polizeilichen Auskunftsperson über die Straffolgen einer Falschaussage nach Art. 303-305 StGB.....	66
5.	Schutzmassnahmen	67
5.1	Grundsätzliches	67
5.2	Zusicherung der Anonymität im Allgemeinen	69
5.3	Massnahmen zum Schutz verdeckter Ermittler im Besonderen	70
5.4	Massnahmen zum Schutz von Opfern	71
5.5	Besondere Massnahmen zum Schutz von Opfern von Straftaten gegen die sexuelle Integrität	72
5.6	Besondere Massnahmen zum Schutz von Kindern als Opfer	73
5.7	Besondere Massnahmen zum Schutz von Personen mit einer psychischen Störung.....	73
5.8	Massnahmen zum Schutz von Personen ausserhalb eines Verfahrens .	74

Kapitel 2: Verwertbarkeit der Einvernahmen polizeilicher

	Auskunftspersonen.....	74
V.	Überblick über die Regelung gemäss StPO	74
VI.	Ziel und Zweck der Regelung der Unverwertbarkeit	79
VII.	Kriterien zur Abgrenzung Verwertbarkeit/Unverwertbarkeit	82
1.	Kriterien im Allgemeinen.....	82

1.1 Anknüpfung an die - der gesetzlichen Regelung zu entnehmenden - Wertungen im Allgemeinen	82
1.2 Anknüpfung an den Schutzzweck der Norm	84
1.3 Anknüpfung an den Anspruch auf ein regelkonformes und faires Beweiserhebungsverfahren.....	86
1.4 Anknüpfung an der Wahrnehmung der Verteidigungsrechte im Besonderen	87
1.5 Anknüpfung an die Fehlerquelle	89
VIII. Verwertbarkeit von Einvernahmen der polizeilichen Auskunftsperson	90
1. Rechtsbelehrung und Verwertbarkeit	90
1.1 Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht	90
1.2 Belehrung über weitere Rechte.....	91
2. Besonderheiten bei der Verwertbarkeit bzw. Unverwertbarkeit im Zusammenhang mit der Befragung von Personen im Falle eines Rollenwechsels.....	93
2.1 Rollenwechsel der zu befragenden Person als mögliche Ursache der Unverwertbarkeit.....	93
a Themenrelevante Fallgruppen von Rollenwechseln	93
b Kriterien zur Verwertbarkeit bzw. Unverwertbarkeit zufolge eines Rollenwechsels	94
IX. Folgerungen für die Verwertbarkeit bzw. Unverwertbarkeit der Einvernahmen von polizeilichen Auskunftspersonen	101
1. Wechsel polizeiliche Auskunftsperson - Auskunftsperson.....	101
1.1 Ohne Privatklägerschaft	101
1.2 Mit Privatklägerschaft	102
2. Wechsel polizeiliche Auskunftsperson - Zeuge	102
3. Wechsel polizeiliche Auskunftsperson - beschuldigte Person.....	104